

Ludwig-Feuerbach-Preis des bfg Augsburg am 30.11.2001

Rede des 1. Vorsitzenden des bfg Augsburg, Gerhardt Rampp

Sehr geehrter Preisträger Dr. Deschner, sehr geehrter Laudator Prof. Neumann, liebe Mitglieder und Gäste aus Nah und Fern!

Wir kommen heute zu einem Ereignis zusammen, das aus mehreren Gründen denkwürdig ist.

Zum ersten Mal verleiht der Bund für Geistesfreiheit einen dotierten Preis, zum ersten Mal wird dabei nach unserer Kenntnis an den großen Philosophen und Religionskritiker Ludwig Feuerbach erinnert und schließlich ist es auch eine große Ehre, dass wir Herrn Dr. Deschner als ersten Preisträger auszeichnen können. Er ist nämlich mit Lesungen und Vorträgen in den letzten Jahren äußerst sparsam, denn er hat noch ein großes Projekt zu vollenden, die Kriminalgeschichte des Christentums, das entweder er selbst zum Abschluss bringt oder das niemand mehr in dieser Vollständigkeit, mit dieser Erfahrung und diesem Hintergrundwissen bewältigen kann. Und jeder öffentliche Auftritt hält ihn wieder mindestens zwei Tage von seiner Arbeit ab. Wir dürfen uns glücklich schätzen, dass wir ihn hier nach 1984, 1987 und 1998 zum vierten Male in Augsburg begrüßen dürfen.

Von der Lebensleistung und den Verdiensten des Preisträgers wird noch die Rede sein. Naheliegend ist es jedoch, einen Preis mit dem Namen des wirkungsvollsten deutschsprachigen Religionskritikers des 19. Jahrhunderts zuallererst dem wirkungsvollsten deutschsprachigen Kirchenkritiker des 20. Jahrhunderts zu verleihen.

Daher bleibt mir nur noch die Begründung, warum der Bund für Geistesfreiheit Augsburg diesen Preis gestiftet hat.

Wichtig war für uns der regionale Bezug. Ludwig Feuerbach ist zwar nicht unmittelbar mit Augsburg verbunden, wohl aber mit Bayern. 1804 in Landshut geboren, später in Nürnberg und Erlangen tätig und schließlich 1872 in Rechberg bei Nürnberg gestorben, hat er zuerst in Bayern Anklang gefunden, und zwar nicht nur bei Akademikern, sondern auch bei der Arbeiterschaft. Zu seinem Begräbnis kamen über 4000 Menschen aus allen Schichten. Das besagt schon vieles. Mit seinen Schriften zum „Wesen des Christentums“ hat er die beiden großen Kirchen gezwungen, ihre bis zur Aufklärung sehr dogmatische und im katholischen Bereich sogar totalitären Positionen zu überprüfen und zu korrigieren. Bemerkenswert und für Deutschland so typisch ist auch die Tatsache, dass Feuerbach zuerst Theologie studiert hat – ebenso wie vor ihm die wichtigsten deutschen Aufklärer Thomasius, Reimarus und Lessing, ebenso wie nach ihm nicht wenige Denker und Autoren, ebenso übrigens auch unser heutiger Laudator Prof. Neumann. Typisch nicht nur für Bayern ist ferner der Umstand, dass Feuerbach wie später vielen anderen hervorragenden religionskritischen Philosophen und Historikern eine Universitätslaufbahn verwehrt worden ist. Ähnlich erging es unserem heutigen Preisträger, der übrigens mit Feuerbach auch die Verwurzelung im „anderen Bayern“ gemeinsam hat.

Zum zweiten ergänzt dieser Preis das kulturelle und weltanschauliche Spektrum in der Stadt Augsburg, die als ehemalige Freie Reichsstadt jahrhundertlang zu den fünf führenden Städten in Deutschland gehörte. Augsburg ist auch, aber nicht nur die katholische Bischofsstadt mit dem Heiligen Bischof Ulrich als Aushängeschild. Sie ist auch, aber nicht nur die Stadt der evangelischen „Confessio Augustana“ und der Augsburger Parität, also

einem lange Zeit vorbildlichen Modell der Gleichberechtigung von katholischen und evangelischen Bürgern in Augsburg. Weniger vorbildlich war allerdings schon damals die Ausgrenzung und Diskriminierung aller Andersdenkenden, ob der Juden, der Andersgläubigen oder der Nichtglaubenden. Daher hatte auch der sogenannte Augsburger Religionsfrieden von 1555 mehr mit Religion als mit Frieden zu tun.

Außen vor blieb jedenfalls die Würdigung des „anderen Augsburg“. Kaum jemand nimmt zur Kenntnis, dass sich hier nicht wenige freie Geister entwickelten. So war Augsburg der Zufluchtsort des Dichters und Freiheitskämpfers Schubart, der heute nur noch als Freund von Friedrich Schiller im Gedächtnis bleibt. Im 19. Jahrhundert schrieben die Freigeister Heinrich Heine und Otto von Corvin, der Autor des „Pfaffenspiegel“, jahrelang für die damals liberal ausgerichtete Augsburger Zeitung. Der Verfasser des Buchs „Die Gottespest“, der Sozialist und spätere Reichstagsabgeordnete Johann Most, wurde 1846 in Augsburg geboren und verlebte hier seine Jugendzeit. Seine Schriften erscheinen uns heute im Ton sehr polemisch, und offen gesagt: Heute würde ich Menschen mit einer solchen Diktion lieber außerhalb als innerhalb des Bundes für Geistesfreiheit sehen. Aber man muss auch bedenken, dass er in Augsburg schon als Schüler ins Gefängnis geworfen wurde, weil er sich weigerte, am Religionsunterricht teilzunehmen. Solche Beispiele müssten eigentlich den Kirchen selbst vor Augen führen, dass fundamentalistische, dogmatische oder missionarische Verhaltensweisen letztlich nur die aktive Kirchen- oder Religionskritik fördern. Auch der evangelisch getaufte Schriftsteller Bertolt Brecht, der ja sehr früh und nachhaltig mit der Kirche brach, empfand das geistige und weltanschauliche Klima in Augsburg noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts als erdrückend.

Solche Beispiele illustrieren, dass Religionsfriede nur auf der Basis der Gleichberechtigung aller Weltanschauungen tragfähig ist. Gegen Ökumene innerhalb der beiden großen Kirchen ist nichts einzuwenden – im Gegenteil. Denn von religiösen Spannungen wie in Nordirland oder auf dem Balkan sind nicht nur katholische, protestantische oder orthodoxe Christen betroffen, sondern alle im Land Lebenden. Aber es darf nicht nur ein engeres strategisches Zusammenrücken der beiden großen Organisationen sein, um ihre traditionellen Privilegien besser gegen die wachsende Konkurrenz der kleinen verteidigen zu können. Auch die im letzten vatikanischen Konzil geforderten Dialoge mit den Nichtglaubenden kamen in Deutschland nicht einmal andeutungsweise in Gang, obwohl der dafür lange Zeit zuständige Bischof ausgerechnet in Augsburg saß. Seien wir gespannt, ob nun der Ankündigung von Kardinal Lehmann, in einen Dialog mit den nichtreligiösen Vereinigungen einzutreten, auch Taten folgen.

In den letzten Jahren wurden in Augsburg bereits zwei Preise neu geschaffen, die beide Sinn machen. Der ebenfalls mit 10.000 DM dotierte Preis der Stadt Augsburg für interkulturelle Verständigung beruht auf einer ausgezeichneten und höchst zeitgemäßen Idee. Der seit 1985 verliehene Friedenspreis hat hingegen einen Geburtsfehler, der bis heute nicht behoben ist. Einerseits wurde er von der evangelischen Kirche aus innerkonfessionellen Gründen ins Leben gerufen, andererseits stiftet die Stadt Augsburg sowohl die Preissumme als auch die Kosten für den gesamten Rahmen – getreu dem Motto „Die öffentliche Hand zahlt und die Kirche schafft an“. Das ist dem Prinzip der Trennung von Staat und Kirche haargenau entgegengesetzt. Entweder ist das eine kirchliche Angelegenheit – dann hat sich die ohnehin hoch verschuldete Stadt aus den finanziellen Verpflichtungen herauszuhalten. Oder der Preis kommt von der Stadt – dann hat die evangelische Kirche vielleicht ein Mitspracherecht, aber kein Vorrangiges, und dann müssen auch Vertreter der Moslems, der Juden und der Konfessionsfreien mit eingebunden sein.

Unser Ludwig-Feuerbach-Preis ist jedenfalls ausschließlich aus Mitteln des Bundes für Geistesfreiheit finanziert, wobei wir uns in erster Linie bei einem einzelnen Ehepaar zu bedanken haben, das einen erheblichen Teil gespendet hat, das aber heute nicht anwesend sein kann.

Schließlich ist an den Anlass der Stiftung zu erinnern: Der Bund für Geistesfreiheit Augsburg wurde vor fast genau 90 Jahren gegründet – und zwar von über 100 Anwesenden, darunter auch dem legendären Sozialdemokraten Willi Deffner, der 1977 mit 106 Jahren gestorben ist. Erst vor zwei Jahren ist ein langjähriges Mitglied verstorben, das von 1911 bis 1914 als kleines Mädchen am Moralunterricht des bfg teilgenommen hat, der in der Anna-Volksschule in der Schaezlerstraße stattgefunden hat.

Zweimal wurde die Entwicklung des bfg unterbrochen: 1914 durch den 1. Weltkrieg und 1933 durch das Verbot des Nazis. 1920 bzw. 1950 wurde der bfg jeweils wieder ins Leben gerufen. Seine größte öffentliche Resonanz hatte er in der Weimarer Zeit, seine größte Mitgliederzahl in den letzten Jahren. Heuer überschritt er sogar die Grenze von 500 Mitgliedern, die freilich – wie bei allen Organisationen – nicht mehr diese starke innere Bindung haben wie vor 1933. Das haben wir mit den Kirchen, den Parteien und den meisten anderen Vereinigungen gemeinsam.

Manche unserer ursprünglichen Anliegen haben sich seit der Gründung 1911 erfüllt und damit erledigt wie z.B. der Kampf um das Recht auf Feuerbestattung oder um die Anerkennung der Evolutionslehre und eines wissenschaftlichen Weltbilds. Zumindest in Mitteleuropa hat sich das Gedankengut der Aufklärung so nachhaltig durchgesetzt, dass die Kirchen unter dem Druck ihrer eigenen Mitglieder auf den Anspruch, die allein selig machende Wahrheit zu besitzen, weitgehend verzichten – zumindest nach außen hin. Vielleicht erklärt das auch die Schwäche aller weltlich-humanistischen Vereinigungen, unter denen der bfg Augsburg ja noch relativ gut dasteht: gerade weil sich unser säkulares, aufklärerisches Gedankengut allgemein verbreitet hat, gibt es zwar viele, die uns gut finden, aber kaum jemand hält es für nötig, sich dort auch anzuschließen.

Dabei hat sich unsere Rolle als weltliche Opposition zu den Kirchen jedoch aus zwei Gründen nicht erledigt. Zum einen sind die beiden großen Kirchen dabei, sich als Ersatz für ihre verlorengegangene Funktion als Vermittlerinnen von Glauben und Gläubigkeit eine neue Rolle als moralische Instanz für die Allgemeinheit aneignen. Dies kann schon deshalb nicht angehen, weil die christliche Moral nach eigener Aussage untrennbar mit der jeweiligen konfessionellen Glaubenslehre verbunden ist. Logischerweise kann eine solche religiös begründete Moral dann auch nur für die gelten, die auch die zugrunde liegende Glaubenslehre anerkennen. Zum zweiten akzeptieren wir nicht die zahlreichen materiellen Privilegien, die der Staat den großen Kirchen einräumt – vom staatlichen Kirchensteuereinzug über die Finanzierung des Religionsunterrichts oder der Theologenausbildung aus staatlichen Mitteln bis hin zur völligen Befreiung von Steuern und Gebühren.

Dabei ist unsere Oppositionsrolle aber niemals so undifferenziert, wie dies manche gern glauben machen wollen. Das Recht auf Mitgliedsbeitrags-Einzug, Unterweisung der eigenen Mitglieder oder der Ausbildung der eigenen Fachkräfte ist den Kirchen wie allen anderen Verbänden zuzugestehen. Unser Verhältnis zu den Kirchen gleicht eher dem einer kleinen Oppositionspartei zur großen Koalition zweier schrumpfender, aber immer noch weit größeren Regierungsparteien: In Vielem unterscheiden wir uns, in Manchem stimmen wir überein – manchmal sogar aus völlig unterschiedlichen Gründen – aber in einem herrscht hoffentlich Klarheit: Das Existenzrecht des anderen muss unstrittig sein, und aus unserer Sicht gehört dazu auch die faktische Gleichberechtigung dazu. Ziel des Bundes für Geistesfreiheit kann niemals die Ausrottung von Religion oder Kirchen sein, weil dies dem Grundgedanken

der Religionsfreiheit fundamental entgegensteht. Auch die Idee einer atheistischen Staatsverfassung, wie dies in Albanien zeitweise eingeführt worden ist, halten wir für grundfalsch, weil es letztlich nur die genaue Umkehrung eines christlichen oder islamischen Gottesstaates wäre, nur dass dann andere die Unfreiheit zu spüren bekommen. Nein, da halten wir es lieber mit Voltaires Satz „Deine Meinung mag das Gegenteil der meinigen sein, aber ich werde alles daran setzen, dass Du die Deinige sagen kannst.“ Eine Einschränkung des Toleranzprinzips ist nur dort geboten, wo die allgemeinen Menschenrechte abgelehnt werden. Toleranz gegenüber Intoleranz führt zu Intoleranz. Diese Gefahr besteht derzeit weniger bei den großen Kirchen in Mitteleuropa, sondern eher bei Fundamentalisten in den USA und auch bei manchen islamistischen Gruppen hierzulande.

Unser Ziel ist ein weltanschaulich unparteiischer Staat, der keine Richtung materiell oder institutionell bevorzugt. Tatsächlich sind wir hier noch weit hinter dem Standard zurück, der im politischen Raum selbst für kleine Oppositionsparteien gilt. Trifft am Ende vielleicht sogar die Repräsentanten des Staates ein größerer Vorwurf als die der Kirchen?

Das fragwürdigste aller kirchlicher Privilegien ist nämlich die staatliche Anerkennung der Säuglingstaufe als Grundlage für eine Zahlungspflicht. Nichts gegen die Kindertaufe, das ist eine innerkirchliche Angelegenheit! Aber dass daraus eine Kirchensteuerpflicht des Säuglings erwachsen soll, ist eine klare Grundrechtsverletzung gegenüber dem Kind. Die Eltern haben das Recht, ihr Kind ggf. auch religiös zu erziehen, keine Frage. Aber weder die Eltern noch der Staat haben das Recht, dem Kind finanzielle Lasten aufzubürden, ohne dass dieses jemals eine eigenhändig unterschriebene Beitrittserklärung abgegeben hätte.

Auf der 80-Jahr-Feier des bfg vor zehn Jahren sagte ich, die kirchliche Machtstellung werde eines Tages zusammenbrechen wie ein Kartenhaus. Heute können wir Zwischenbilanz ziehen, was sich seither verändert hat. Es ist, je nach Betrachtungsweise, sehr viel oder fast nichts.

Einerseits hat sich an der bevorzugten Stellung der Kirchen fast nichts geändert. Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zu Schulkreuzen mag zwar symbolträchtig sein, betrifft aber nur eine Randfrage. Die Einführung eines gemeinsamen Ethik-Fachs für alle, nämlich des Unterrichtsfachs LER in Brandenburg, ist noch nicht einmal endgültig. Die Bestätigung des Ethikunterrichts als vollwertiges Alternativfach zum Religionsunterricht ist allenfalls ein kleiner Etappensieg; selbst Kirchenvertreter haben dies teilweise befürwortet. Ein Kanzler, der nur einen weltlichen Amtseid ablegt, erregt zwar kurzfristig Aufsehen, mehr aber auch nicht.

Andererseits hat es noch kein Jahrzehnt in der Geschichte gegeben, in dem die Kirchen und auch das Christentum hierzulande so stark an Boden verloren haben wie im vergangenen. 15.000 Kirchenaustritte in Augsburg, fast eine halbe Million in Bayern, über vier Millionen in Deutschland seit 1990 – die Eintritte wohl gemerkt schon abgezogen – haben die weltanschauliche Landschaft verändert. In Augsburg gibt es heute ebenso viele Konfessionsfreie wie Protestanten, in Bayern fast so viele.

Nun könnte man glauben, dass dafür die Kirchenbindung bei den verbliebenen Kirchenmitgliedern umso höher sein müsste. Aber das Gegenteil trifft zu. Nur noch 7% der Deutschen und 13 % der Bayern gehen sonntags in die Kirche. Selbst unter Bayerns Katholiken ist die Kirchgangsquote seit 1990 von 26 auf unter 20 % gesunken, in der Diözese Augsburg sogar von 27 auf 19 %. Am stärksten geschwunden ist indes der christliche Glaube. Laut kirchlichen Umfragen liegt der Anteil der an Gott Glaubenden knapp über der Hälfte der Bevölkerung, aber an den persönlichen Gott gemäß dem biblischen Weltbild glauben bundesweit um die 15 Prozent. Selbst in Bayern haben wir eine Drittelparität

zwischen gläubigen Christen, eindeutig Ungläubigen und den dazwischen stehenden Kirchenfernen mit einem Restbestand an meist sehr diffusen Glaubensvorstellungen. Wenn selbst Theologen von einer nach-christlichen Gesellschaft sprechen, darf nach politischen Konsequenzen gefragt werden.

Merkwürdig: Nicht wenige Theologen und Kirchenvertreter haben begriffen, dass ihnen Staatssubventionen langfristig nicht weiterhelfen, während den Politikern fast aller Parteien noch nicht klar zu sein scheint, dass sie auf Dauer in weltanschaulich-ethischen Fragen nicht ausschließlich auf die Kirchen setzen können. Der leider viel zu früh verstorbene Erzbischof Dyba meinte treffend, die vielen Milliarden Mark an Einnahmen und Zuschüssen hätten die Kirche nur fett und träge gemacht und seien nicht geeignet, ihren Schwund aufzuhalten. Tatsächlich scheint es so, als ob sie für die vielen Extras etwas hergegeben hätten, was wichtiger als Geld ist, nämlich Glaubwürdigkeit.

Daher ist es nicht ausgeschlossen, dass die Kirchen in absehbarer Zeit selbst an einen Verzicht auf das eine oder andere Privileg denken, um wieder mehr Akzeptanz zu finden. Eine echte Gleichberechtigung aller Weltanschauungen wird es aber nur geben, wenn es viel gelesene Autoren wie Dr. Deschner gibt, und wenn es möglichst starke Vereinigungen wie den Bund für Geistesfreiheit gibt. Dazu können Sie alle einen kleinen Teil beitragen.